

Eurokrise und Arbeitsrecht

Interview mit Wolfgang Däubler

Interessiert man sich als Arbeitsrechtler auch für die Eurokrise?

Ich persönlich kann diesem Problem nicht ausweichen. Wir haben uns zwar irgendwie daran gewöhnt, dass die Krise nicht uns, sondern andere betrifft, aber das ist eine trügerische Vorstellung.

Wieso?

Die deutsche Wirtschaft hat einen wesentlichen Anteil daran, dass wir nicht mehr sicher sein können, ob es den Euro in einem halben Jahr noch gibt. Die Position der deutschen Unternehmen ist in den vergangenen zehn Jahren immer stärker geworden. Der Export läuft immer besser – und das heißt zugleich, dass man schwächere Anbieter aus anderen Euro-Ländern vom Markt verdrängt. Das hat nicht allein mit der Innovationskraft deutscher Unternehmen zu tun; viel wichtiger ist, dass die Lohnstückkosten gesunken sind. „Wir“ produzieren billiger als die andern. Zwischen 2000 und 2010 sind die Nettolöhne in Deutschland gesunken, wenn man nicht allein auf den Nominalbetrag, sondern auf die Kaufkraft abstellt. In anderen Euroländern gab es im gleichen Zeitraum einen Zuwachs zwischen 10 und 30 Prozent. Wir haben also – in Unternehmersprache ausgedrückt – den Gürtel enger geschnallt und deshalb stehen wir jetzt so gut da.

Hätte jedes Land noch seine eigene Währung, wäre das nicht weiter schlimm. Die Drachme, die Peseta, die Lira würden abgewertet, und die Produktion in Griechenland, in Spanien, in Italien wäre wieder konkurrenzfähig auf dem Weltmarkt. In den Ländern selbst würden die Importgüter teurer, und ein Grieche müsste mehr bezahlen, wenn er – aus welchen Gründen auch immer – seinen Urlaub in Deutschland verbringen möchte. Aber sonst würde sich nicht viel ändern; man könnte zu den bisherigen Bedingungen Strom beziehen und den heimischen Rotwein genießen.

In einem einheitlichen Währungsraum gibt es keine Abwertung mehr. Doch auch hier stellt sich das Problem: Wie kann man die Waren billiger machen, um wieder konkurrenzfähig zu sein? Man muss die Herstellungskosten senken. Dabei setzt man bei den Löhnen an. Macht man dies unmittelbar, indem der Staat eine Lohnsenkung von 20 Prozent anordnet, stößt man

auf erbitterten Widerstand und in einer Reihe von Ländern auch auf verfassungsrechtliche Hindernisse. Besser ist da für die Regierenden das Rezept der Hartz-Reformen: Man baut massiv staatliche Leistungen ab und erhöht so den Druck auf die Arbeitenden. Sie wissen, dass sie gewissermaßen ins Bodenlose fallen, wenn sie ihren Arbeitsplatz verlieren. Außerdem verringert man auf diesem Wege das staatliche Haushaltsdefizit, das die Folge wachsender Arbeitslosigkeit ist und auch daher rührt, dass man die Unternehmen nicht mehr wie früher besteuern kann, weil es sonst noch schlechter um ihre Konkurrenzfähigkeit bestellt ist.

Hätte es eine Alternative gegeben?

Schon bei der Einführung des Euro hat man vor einer solchen Entwicklung gewarnt. Langfristig denkende Politiker hätten von vorne herein darauf verzichtet, Länder mit ganz unterschiedlichem wirtschaftlichem Entwicklungsstand in einem Währungsgebiet zusammenzufassen. Theoretisch kann man das tun, aber man muss dann zugleich für einen umfassenden Finanzausgleich sorgen und daran war nicht ernsthaft gedacht. Im Fall Griechenland hätte es sogar genügt, wenn man die eigenen Grundsätze ernst genommen hätte, denn nach einiger Zeit stellte sich heraus, dass Griechenland die Aufnahmekriterien gar nicht erfüllt hatte; die Zahlen waren – nennen wir es höflich – geschönt. Die damalige griechische Regierung hoffte vermutlich, durch den Beitritt an eine Reihe lukrativer Entwicklungsprojekte heranzukommen, die Brüssel finanzierte. Wann man nur in kurzen Zeiträumen denkt, war das gar nicht so falsch; wenn man mittel- und langfristig denkt, war ein solches Verhalten absolut unverantwortlich.

Aber das ist doch nun gelaufen...

Richtig, und man kann nicht nach zehn Jahren kommen und einen Staat mit dem Argument aus der Eurozone hinauswerfen, er habe sich die Mitgliedschaft erschlichen. Außerdem geht es heute nicht nur um Griechenland, sondern auch um Länder, die in völlig korrekter Weise beigetreten sind. Das Problem liegt in Wahrheit auch ganz woanders. Um es zugespitzt zu formulieren: Die deutsche Politik des „Immer besser, immer schneller, immer billiger“ war falsch. Wenn man Unternehmen aus anderen Euro-Staaten nieder konkurriert, hat man in Wirklichkeit einen Pyrrhus-Sieg errungen, weil man die Folgen selbst zu spüren bekommt.

Sogar der Export in die geschwächten Regionen geht deutlich zurück, weil es an der kaufkräftigen Nachfrage fehlt.

Aber können und sollen wir den deutschen Unternehmen künstlich Zügel anlegen?

Nein, natürlich nicht. Das hätte verheerende Konsequenzen. Aber es war falsch, die Arbeitskraft künstlich zu verbilligen. Man hat Sozialleistungen entzogen, die Gewerkschaften geschwächt, die Öffentlichkeit gegen Streiks und andere Formen der Interessenvertretung mobilisiert. Man hat für die regulären Beschäftigten in Form der Leiharbeit eine Billigkonkurrenz im eigenen Land geschaffen. Man hat es hingenommen, dass Unternehmen ganz offen mit Verlagerung drohen konnten; dies als Nötigung oder Erpressung zu qualifizieren, wäre als Argument von keinem Entscheidungsträger ernst genommen worden. Freie Fahrt auch und gerade für besonders rücksichtslose Unternehmer. Da braucht man sich nicht zu wundern, wenn bei Tarifverhandlungen nicht einmal mehr der Reallohn gesichert bleibt. Hätte man auch in Deutschland weitere Bedingungen gehabt, die einen Zuwachs von 10 bis 30 Prozent in zehn Jahren ermöglicht hätten, wären Unternehmen aus anderen Ländern nicht in dieselben Schwierigkeiten geraten.

Also müssen wir heute ausbaden, was uns Schröder mit den Hartz-Reformen eingebrockt hat?

In der Tat, so ist es. Bei der damaligen Regierung liegt die Verantwortung; die 2005 gebildete Große Koalition unter Merkel hat nur das fortgeführt, was schon vorher festgelegt war.

Aber haben sich die Gewerkschaften eigentlich genügend dagegen gewehrt?

Das ist ein Punkt, an dem ich gründlich zu kauen habe. Um es klar zu sagen: Nach meinem Eindruck haben sie nicht genug getan, sondern im Gegenteil die Bundesregierung noch unterstützt. Man hat bei der Leiharbeit durch Abschluss von Tarifverträgen mitgemacht und so den Abstand zu den regulären Beschäftigten von durchschnittlich 30 Prozent festgeschrieben. Man wolle das Feld nicht den „Christen“ überlassen, war die Parole. Doch gewann man durch die DGB-Tarife praktisch keine Mitglieder, weil sie ja auch nicht viel besser waren als die Flächentarife der Christen. Ob die Ausbeutung auf der Basis eines CGZP- oder eines DGB-Vertrags erfolgt, ist für die Betroffenen ziemlich gleichgültig. Man

hat nie ernsthaft in Erwägung gezogen, wegen der fehlenden Tariffähigkeit der „Christen“ zu klagen, obwohl das auch schon vor vielen Jahren gute Chancen gehabt hätte. Das ist im Grunde erstaunlich, weil man traditionellerweise viel Vertrauen in die Arbeitsgerichtsbarkeit setzt und lieber einen Prozess als einen Streik führt. Man kann vermuten, dass es da einige Zusagen gegenüber der Bundesregierung gab. Erst nach Jahren, als deutlich wurde, dass die Leiharbeit auch die Arbeitsplätze der eigenen Mitglieder gefährdete, hat man sich um eine Korrektur bemüht. Auch jetzt hatte man noch Schwierigkeiten, das Verfahren gegen die CGZP mit zu betreiben.

Bei Hartz IV sah es nicht viel besser aus. Man hat zwar protestiert, aber dies doch nicht so, dass jemand ernsthaft beeindruckt worden wäre. Ich kann hier ausnahmsweise eine unmittelbare eigene Erfahrung beisteuern. Ich hatte für eine Abteilung des DGB-Bundesvorstands ein Gutachten über die Verfassungsmäßigkeit von Hartz IV geschrieben, wo viele der Argumente enthalten waren, die später im Urteil des Bundesverfassungsgerichts wieder auftauchten. Das Papier hat sich der DGB nicht zu eigen gemacht und wollte es in der Schublade verschwinden lassen. Es ist dann trotzdem veröffentlicht worden; in meinem Alter ist es nicht mehr so wichtig, ob ein DGB-Vorsitzender „sauer“ ist oder nicht. Man kann von der Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit auch gegen seinen Willen Gebrauch machen.

Ich komme also zum Ergebnis, dass man bei weitem nicht genug getan hat.

Was waren nach Ihrer Einschätzung die Gründe?

Ein wichtiger Grund war sicher, dass man die Beziehungen zu einer SPD-geführten Bundesregierung nicht belasten wollte. Gegenüber einer Regierung Kohl wäre man vermutlich massiver aufgetreten. Außerdem hat man im Grunde die These akzeptiert, dass in Deutschland zu teuer produziert werde. Dies war im Rahmen der SPD-Fraktion so, und intern hat man wohl bei den DGB-Gewerkschaften genauso gedacht. Schließlich hat es ja auch eine ver.di-Vertreterin in der Hartz-Kommission gegeben, die nicht etwa protestiert hat, als man sah, wohin der Hase läuft. Wenn man also schon billiger produzieren musste, dann war es einfacher, die Leiharbeit zu fördern und die staatlichen Sozialleistungen zurückzufahren anstatt Nullrunden in der Tarifpolitik einzulegen. Das „hinterlistige“ Vorgehen der Herrschenden kam auch den eigenen organisatorischen Interessen entgegen. Natürlich war man nicht mit Begeisterung bei der Sache, aber man hat eben mitgespielt.

Außerdem birgt ein „Nein“, ein Weg des Widerstands, immer Risiken, die man nicht öffentlich diskutiert, die aber intern umso größere Bedeutung haben. Würde man wirklich eine große Demo zustande bringen? Die Rahmenbedingungen für Gewerkschaftsarbeit waren nicht gut, die Mitgliederzahl ging zurück; was würde geschehen, wenn man öffentlich als Papiertiger dastehen würde? Man wäre noch schlechter dran, als wenn man nur als Lobby-Organisation wirkt und bewusst im Dunkeln lässt, ob man vielleicht auch die Massen mobilisieren könnte. Je geringer die Aktionserfahrung umso größer die Angst. Meines Erachtens hätte es genügend Leute innerhalb der Gewerkschaften, aber auch außerhalb gegeben, die sich hätten mobilisieren lassen. Und niemand hat die Gewerkschaften gezwungen, die Regierungspolitik wie bei der Leiharbeit und bei Hartz IV sogar noch positiv zu unterstützen.

Was kann man daraus lernen?

Lernen kann man in der Tat auch aus negativen Erfahrungen. Eine Wiederholung dessen, was nach 2002 geschah, darf es nicht geben. Von den Inhalten einer verfehlten Politik ganz abgesehen: Man darf nicht nur für heute und morgen entscheiden, sondern muss auch an die langfristigen Folgen denken. Das was heute in der Eurozone geschieht, war voraussehbar, aber die Warnungen blieben folgenlos.

Aktuell haben wir die Situation, dass in den Südstaaten massiver Sozialabbau betrieben wird, ohne dass man dies hier wirklich zur Kenntnis nimmt. Die Auflagen der Troika sind eben erfüllt oder nicht erfüllt, so liest man. Was sich so genau dahinter verbirgt, weiß man nicht. Ich will Ihnen mal an einem Beispiel verdeutlichen, was in Griechenland passiert. Dort hat man in vielen Branchen Flächentarife, auch in kleinen und mittleren Unternehmen, wo die Gewerkschaft gar nicht präsent ist. Die Arbeitgeber wollen sich nun mit Unterstützung der Regierung aus diesen Bindungen befreien, in dem sie schlechtere Firmentarife abschließen. Doch was macht man, wenn es im Betrieb gar keine Gewerkschaft gibt, die einen solchen Kollektivvertrag abschließen könnte? Der Gesetzgeber kommt zu Hilfe: Wenn sich auf betrieblicher Ebene eine „Arbeitnehmervereinigung“ gründet, kann sie als solche einen Firmentarif abschließen, der dem Verbandstarif vorgeht. Das ist eine Art gesetzlicher Ermächtigung zur Gründung von Werkvereinen und „gelben Organisationen“, denn es ist wenig wahrscheinlich, dass eine solche Vereinigung anders als auf Initiative des Arbeitgebers

zustande kommt. Der Sache nach ist dies ein Rückfall in Verhältnisse, wie wir sie vor 1918 hatten – das sollte man auch bei uns nicht mit Stillschweigen übergehen. Irgendwie wird hier eine Schwelle überschritten, wo die internationale Solidarität einsetzen sollte.

Wäre es denkbar, dass auch bei uns derartige Dinge passieren?

Zunächst sicherlich nicht. Aber da unsere Entscheidungsträger in Wirtschaft und Politik keine langfristige Perspektive haben, lassen sich Prognosen schwer treffen. Unterstellt, der Euro bricht auseinander und die wieder eingeführte D-Mark wird hoch bewertet: Um den Export zu fördern, wird man dann ggf. gezwungen sein, billiger als bisher zu produzieren, d. h. im Ergebnis die Löhne zu senken. Oder unterstellen wir, dass der Sozialabbau in den Südländern „Erfolg“ hat und man anschließend eine Art Marshall-Plan auf den Weg bringt. Plötzlich ist die Konkurrenzfähigkeit wieder hergestellt und wir müssen uns auf eine neue Hartz-Runde einstellen, damit wir nicht zu den Verlierern gehören. Das wird nie zum Thema gemacht, aber kann man es wirklich ausschließen? Eine Spirale nach unten im Euroraum – auch davor ist schon vor Einführung der gemeinsamen Währung gewarnt worden.

Wie auch immer künftig Herausforderungen aussehen werden: Man muss in der Lage sein, sich wirksam zu wehren. Die deutsche Wirtschaft braucht kooperative Arbeitskräfte – ohne sie würde kein Profit mehr fließen. Dieser Stärke sollte man sich sehr viel mehr bewusst sein. Ohne Ingenieure, Krankenschwestern und Piloten, aber auch ohne Reinigungskräfte und ohne Polizisten läuft bei uns nichts. Auch die Geduld der abhängig Beschäftigten wird irgendwann ein Ende haben.